Antrag auf Mitgliederbefragung gemäß § 21a Bundessatzung

„Rote Linien statt Brandmauern: Soll die FDP ihr Abstimmungsverhalten in Parlamenten ausschließlich an der Sache ausrichten und Anträge weder zurückziehen noch ablehnen, wenn durch die Zustimmung von Parteien der politischen Ränder Mehrheiten entstehen würden?“

Weder die große Koalition unter Friedrich Merz, noch die Ampel oder die Regierungen unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel haben es vermocht, die drängenden Probleme unseres Landes mit mutigen Strukturreformen der Sozialversicherungssysteme, einer Veränderung der Migrationsgesetzgebung oder dem umfänglichen Abbau von Bürokratie zu überwinden und die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum in den kommenden Jahren zu schaffen. Eine Folge der seit Jahrzehnten aufgeschobenen Reformen ist ein massiver Vertrauensverlust der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in unserem Lande und ihrer Institutionen.

Nach so vielen Jahren des Stillstands hat Deutschland keine Zeit mehr für politischen Opportunismus und Taktiererei. Deutschland hat keine Zeit mehr, dass falsche Vorschläge unterstützt werden, weil die politische Mehrheit dies vermeintlich erfordert. Deutschland hat keine Zeit mehr, gute Ideen nicht zu unterstützen, weil sie von anderen Parteien als der eigenen vorgeschlagen werden. Deutschland braucht eine neue politische Kultur des Pragmatismus!

1. Die FDP grenzt sich inhaltlich von radikalen Parteien ab. Die AfD vertritt völkisches und nationalistisches Denken. Die Linke will Enteignungen ermöglichen, duldet Antisemiten in ihren Reihen und sucht gezielt die Unterstützung von Clankriminellen. Beides ist mit dem liberalen Menschenbild unvereinbar, das den Einzelnen über das Kollektiv stellt und sein Eigentum schützt; es ist mit der erforderlichen internationalen Rolle Deutschlands als verlässlicher Partner innerhalb einer westlichen Wertegemeinschaft nicht vereinbar; es ist mit der eigenen Staatsdoktrin nicht vereinbar, für die das Existenzrecht Israels unantastbar ist.

Die Haltung beider Parteien zur NATO und zur europäischen Zusammenarbeit widerspricht unserer Überzeugung, dass Sicherheit und Wohlstand nur im Bündnis mit den westlichen Partnern und in der EU gesichert werden können. Radikale rechte und linke Wirtschaftspolitik gefährdet die Soziale Marktwirtschaft und Wohlstand für alle. Deswegen gehen wir auch in Zukunft keine institutionelle Zusammenarbeit, keine Koalitionen und keine gemeinsamen Listen mit radikalen Parteien ein.

Gleichzeitig bedeutet es einen Tabubruch in der Geschichte unseres Landes, dass SPD und Grüne mit der offen antisemitisch auftretenden Linkspartei Koalitionen eingeht.

Nach der gescheiterten Ampel im Bund demonstrieren neben den bereits existierenden Koalitionen von rot/rot/grün in Thüringen und in Bremen auch die gegenwärtigen Gespräche über solche Regierungsbündnisse in verschiedenen Bundesländern, wie austauschbar für SPD und Grüne der dritte Koalitionspartner ist. SPD und Grüne sind sich in zentralen politischen Fragen mittlerweile so nah, dass sie für die Freien Demokraten als Koalitionspartner innerhalb einer Ampel nicht in Frage kommen.

2. Die „Brandmauer" wird mit zweierlei Maß angewendet. SPD und Grüne haben in mehreren Ländern mit der Linkspartei regiert oder Bündnisse gebildet, etwa in Thüringen und in Bremen. Gegenwärtig zeichnen sich zusätzliche solcher Bündnisse in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern ab. In Thüringen gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der CDU und den Linken und in Sachsen-Anhalt wäre sie potentiell ebenfalls zustande gekommen, wenn sie für eine Mehrheit gereicht hätte. Wenn die Zusammenarbeit mit der Linken als normale demokratische Option gilt, darf die Begründung für den kategorischen Ausschluss der AfD im Abstimmungsverhalten nicht mit moralischer Selbstvergewisserung begründet werden. Eine „Brandmauer", die nach „rechts" steht, für Antisemiten aber durchlässig ist, führt sich selbst ad absurdum.

3. Wenn demokratische Parteien sachlich richtige Anträge zurückziehen oder ablehnen, nur weil die AfD zustimmen könnte, wird ein erheblicher Teil des Wahlergebnisses politisch für wirkungslos erklärt – und zwar sowohl das der AfD als auch das der einbringenden Fraktionen. Abgeordnete im Parlament sind an ihr Gewissen und auch an das Programm ihrer Partei gebunden, nicht an die Frage, wer noch zustimmt. Wir lehnen es ab, unser Abstimmungsverhalten von der AfD abhängig zu machen, sei es durch Zustimmung oder durch Verweigerung.

4. Die Bundesrepublik Deutschland steckt in der tiefsten ökonomischen und kulturellen Krise ihrer Geschichte. Traditionelle Industrien kämpfen mit den falschen und mit den nicht getroffenen politischen Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte. Gleichzeitig wurden und werden Zukunftstechnologien, die den Wohlstand unseres Landes sichern könnten, aus Angst vor Restrisiken nicht weiterverfolgt. Der durch ausbleibendes Wachstum ausbleibende Wohlstand soll durch immer neue Schuldenberge kaschiert werden. Eine positive Entwicklung wird unser Land vor diesem Hintergrund nur einschlagen, wenn es die Kraft zu einschneidenden politischen Reformen aufbringt. Weil der Handlungsdruck größer ist denn je, wird die FDP etwa folgende politische Forderungen mit sämtlichen sich ergebenden Mehrheiten beschließen:

• <u>Steuern und Abgaben senken:</u> Die Unternehmenssteuern müssen gesenkt, Einkommen entlastet und die Belastung des Faktors Arbeit spürbar reduziert werden. Sonderabgaben und nationale Zusatzsteuern, die die Wettbewerbsfähigkeit schwächen, müssen abgebaut, der Solidaritätszuschlag muss abgeschafft werden.

• Sozialstaat auf Anreize und Nachhaltigkeit ausrichten: Der Sozialstaat muss verschlankt und auf echte Bedürftigkeit konzentriert werden. Anreize zur Arbeitsaufnahme sollen gestärkt, Fehlanreize abgebaut werden. Neue Sozialleistungen werden nur eingeführt, wenn gleichzeitig an anderer Stelle eingespart wird.

• Rentenversicherung reformieren und Beitragsdeckel festschreiben: Die Rente mit 63 wird abgeschafft. Zwangsversicherungen für Selbstständige bei gleichzeitiger Privilegierung von Beamten werden abgelehnt. Das Renteneintrittsalter wird an die steigende Lebenserwartung angepasst, Frühverrentungsanreize werden beseitigt. Eine kapitalgedeckte Komponente (Aktienrente) wird als echte Vermögensbildungsoption ausgebaut. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird auf dem heutigen Niveau gedeckelt und darf nicht inflationsbedingt steigen. Rentenpakete, die keine echte Reform sind, sondern vor allem den Haushalt belasten, werden abgelehnt.

• Migration steuern und Integration einfordern: Ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild wird eingeführt. Qualifizierte Fachkräfte werden gezielt angeworben, unberechtigte Aufenthalte konsequent beendet. Integration wird an Spracherwerb, Arbeitsbereitschaft und Anerkennung der freiheitlichen Grundordnung gebunden.

• Energie verbilligen: Die hohen Energiepreise beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschland und verhindern Investitionen insbesondere in Zukunftstechnologien wie etwa KI, Chipproduktion oder Mobilität. Damit Deutschland wieder attraktiver für Investitionsentscheidungen von Industrie, Mittelstand, Handwerk und start ups werden kann, muss es alle Möglichkeiten nutzen, seine Energiekosten zu reduzieren. Hierfür müssen auch wieder die fossilen Energieträger Gas, Kohle und Öl vermehrt genutzt und auch in Deutschland gefördert werden. Bestrebungen von Betreibern, stillgelegte Kernkraftwerke wieder ans Netz gehen zu lassen, dürfen nicht aus politischen Gründen abgelehnt werden.

• Bürokratie radikal abbauen: Es gilt das Prinzip „One in, two out“. Jede neue Regulierung erhält ein Verfallsdatum. Überflüssige Berichtspflichten, Genehmigungsverfahren und Belastungen für Mittelstand und Industrie werden konsequent gestrichen.

• Bildung leistungsorientiert reformieren: Schulen und Hochschulen werden auf Leistungsfähigkeit, MINT-Fächer und Sprachkompetenz ausgerichtet. Frühe Sprachförderung wird verbindlich, ideologische Inhalte werden zurückgedrängt. Bildung wird wieder als zentrale Standortfrage behandelt.